Schweizerisches Bundesblatt.

XVIII. Jahrgang. III. Nr. 49. 10. November 1866.

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Franken.

Einrückungsgebühr per Zeile 15 Rp. — Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden.
Druck und Expedition der Stämpflischen Buchdruckerei (G. Hünerwadel) in Bern.

Ans den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes.

(Vom 29. Oktober 1866.)

Mit Notifikation vom 18. des vorstehenden Monats hat S. M. der König von Württemberg dem Bundesrathe die Mittheilung gemacht, daß er zur Ersetzung des abberufenen Freiherrn von Spizemberg seinen bisherigen Gesandten am kaiserlich österreichischen Hofe, Kammerherrn und geheimen Legationsrath Max von Dw, Commenthur seines Ordens der württembergischen Krone und seines Friedrichsordens, Großkreuz des Ordens Pius IX. und des Ordens der eisernen Krone, ausersuchen und denselben zu seinem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der schweizerischen Eidgenossenschaft ernannt habe.

(Vom 2. November 1866.)

Der Bundesrath hat wegen dem im Juli d. J. von der k. italienischen Regierung ausgeschriebenen Zwangsanleihen das nachstehende Kreis Schreiben an sämtliche eidgenössische Stände erlassen.

„Tit.!

„Durch königliches Dekret vom 28. Juli abhin wurde bekanntlich für das Königreich Italien ein National- oder Zwangsanleihen im Betrage von 350 Millionen ausgeschrieben, in der Meinung, daß der Gesamtbetrag auf die Provinzen vertheilt und von diesen auf die einzelnen Gemeinden und Genossenschaften, beziehungsweise auf die Steuerpflichtigen, nach Maßgabe der Taxen vom beweglichen Vermögen, von Gebäuden und vom Grundbesitze verlegt werden solle.

„Gegen Ende Septembers wurde erstmals von Schweizern in Italien gegen ihre Herbeiziehung zu diesem Anleihen bei uns Beschwerde geführt, während die Einzahlung der ersten Rate schon auf den 8. Oktober angesetzt war.

„Die Reklamanten nahmen unsere Verwendung dahin in Anspruch, daß ihre Befreiung von dem Zwangsanleihen bei der italienischen Regierung angestrebt werden sollte und um so mehr auch erwirkt werden dürfte, da die italienische Regierung bereits die Angehörigen verschiedener Staaten, wie z. B. von England, Rußland, Frankreich und Preußen, von der Mitleidenschaft losgezählt hat.

„Theilweise gingen unsere Landsleute von der Ansicht aus, daß die Reklamation schon mit Rücksicht auf den zwischen der Schweiz und Italien bestehenden Staatsvertrag vom 8. Juni 1851 als begründet erscheinen müsse. Diese letztere Ansicht scheint uns jedoch im angegebene Falle nicht die richtige zu sein.

„Der Art. 1 des zitierten Vertrages nämlich setzt die Gleichstellung der beiderseitigen Angehörigen grundsätzlich fest, während der Art. 2 im zweiten Absätze noch ausdrücklich hinzufügt:

„In Betreff des beweglichen und unbeweglichen Eigenthums der „respektiven Staatsbürger soll dasselbe weder in Friedens- noch in „Kriegszeiten mit andern oder größern Abgaben, Lasten oder Kontributionen belegt werden, als dasjenige der eigenen Staatsbürger.“

„Offenbar lag es beim Abschluß dieses Vertrages in der Absicht beider Kontrahenten, die Angehörigen des andern Staates in Steuer-sachen den Nationalen in allen Beziehungen ganz gleich zu stellen.

„Wird auch speziell eines Zwangsanleiheus nicht erwähnt, so kann andererseits wohl nicht in Abrede gestellt werden, daß ein solches unter der allgemeinen Bezeichnung Lasten, ohne der Interpretation Zwang anzuthun, mit inbegriffen ist.

„Wer vertragsgemäß Steuern und Kontributionen, die nicht mehr zurückerstattet werden, gleich den Nationalen zu tragen hat, wird schwerlich dann eine Ausnahmingsstellung beanspruchen können, wenn der Staat zur Bestreitung seiner Bedürfnisse statt zu nicht zurückzahlbaren Steuern nur zu einem Zwangsanleihen greift, das mit der Zeit an die Kontributionenden zurückbezahlt und inzwischen verzinst wird.

„Die Thatsache, daß die Angehörigen verschiedener Staaten vom Zwangsanleihen befreit sind, beruht theils auf ausdrücklichen Staatsverträgen, in denen dieses Verhältnisses bestimmte Erwähnung geschieht, wie bei England und Rußland, theils, wie bei Frankreich und Preußen, auf nachgängigen Erklärungen, in einem gleichen Falle Reziprozität beobachten und mithin die auf ihrem Gebiete domicilirenden Italiener von einem etwaigen Zwangsanleihen ebenmäßig frei lassen zu wollen.

„Ob schon wir nun, wie bereits bemerkt, die Ueberzeugung hegen mußten, daß die Reklamationen unserer Landsleute in Italien im Staatsvertrage von 1851 keinen genügenden Anhaltspunkt finden können, so beauftragten wir nichts desto weniger unsere Gesandtschaft in Florenz, mit dem königl. Ministerium Unterhandlungen zu pflegen, um zu erfahren, unter welcher Bedingung die Schweizer in der schwebenden Frage den am meisten begünstigten andern Nationen gleichgestellt werden könnten. Im Weitern beauftragten wir die Gesandtschaft, dahin zu wirken, daß bis zum Austrage der Verhandlungen den Schweizern wenigstens die Einzahlung der ersten Rate nachgesehen werde.

„Dieses letztere Gesuch ist denn uns auch vom königl. Ministerium bereitwillig zugestanden worden. In der Hauptsache aber wurde von der Schweiz eine ähnliche Reziprozitätserklärung verlangt, wie solche von Frankreich und Preußen abgegeben worden ist.

„In unserer Rückäußerung verwiesen wir auf den Art. 39 der Bundesverfassung, welcher genau die Mittel angebe, aus denen die Eidgenossenschaft ihre finanziellen Bedürfnisse zu bestreiten habe. Wir machten aufmerksam, daß der Artikel dem Bunde das Recht nicht gewähre, Zwangsanleihen gegenüber den eigenen Bürgern zu erheben, daß somit auch eine Beanspruchung der Italiener für solche Anleihen von Seite der Eidgenossenschaft sich nicht denken lasse. Daran knüpften wir die Hoffnung, daß diese Erklärung geeignet sein dürfte, von der italienischen Regierung als befriedigend hingenommen zu werden.

„Das königliche Ministerium jedoch fand diese Erklärung nicht genügend, indem es namentlich geltend machte, daß keineswegs gesagt wäre, wie es in dieser Beziehung in den Kantonen gehalten werden sollte.

„Würde auch die Eidgenossenschaft, als solche der Bund, niemals zum Mittel der Zwangsanleihen greifen, so könnte dies doch möglicherweise in einzelnen Kantonen geschehen, deren Autonomie in Steuerjachen die Bundesverfassung nicht beschränke.

„Unser Einwand, daß etwa auch einzelne italienische Provinzen oder Städte momentan zu Zwangsanleihen ihre Zuflucht nehmen könnten, wurde, als nicht zutreffend, zurückgewiesen, indem jenen Korporationen die Selbstständigkeit im Steuerwesen abgehe und dieselben somit nicht befugt wären, von sich aus und ohne höhere Genehmigung im ange deuteten Wege die Mittel zur Bestreitung gewisser Bedürfnisse zu beschaffen.

„Es ist klar, daß es nicht in unserer Kompetenz lag, in dieser Frage und in der ange deuteten Ausdehnung für die Kantone eine Verbindlichkeit einzugehen, deren Souveränität im Steuerwesen auch nach der jezigen Bundesverfassung feststeht.

„Es war daher die weitere Haltung, die wir hier einzunehmen hatten, uns unzweifelhaft vorgezeichnet, indem jeder Kanton für sich zu entscheiden hat, ob er die Reziprozitätserklärung, wie die italienische Regierung sie verlangt, abgeben wolle oder nicht.

„Wir erlauben uns daher, an Sie die Einfrage zu stellen, ob Sie uns ermächtigen wollen, gegenüber Italien die Erklärung abzugeben, daß bei der allfälligen Erhebung eines Zwangsanleiheus in Ihrem Kantone die auf dem dortigen Gebiete wohnenden Italiener davon befreit sein sollen.

„Mit Rücksicht darauf, daß die den Schweizern in Italien gewährte Suspension der ersten Einzahlung kaum mehr noch längere Zeit dürfte festgehalten werden, müssen wir Sie im Weiteren noch ersuchen, Ihre Vernehmlassung nach Möglichkeit beschleunigen zu wollen.“

(Vom 5. November 1866.)

Der Bundesrath hat zwei von seinem Justiz- und Polizeidepartement ihm vorgelegte Vorschläge für Abänderung des Art. 19 im Bundesgesetz über die Heimlosigkeit*), so wie der Artikel 15 und 16 im Bundesgesetz über die Auslieferung von Verbrechern oder Angeeschuldigten**) genehmigt und beschlossen: es sollen die gedachten Gesetzesentwürfe und eine diesfalls entworfenene Botschaft an die Bundesversammlung den Kantonsregierungen zu ihrer Vernehmlassung sammt folgendem Kreis Schreiben mitgetheilt werden.

„Tit. I

„Unser Justiz- und Polizeidepartement hat uns zwei Vorschläge für Abänderung der bisherigen Bestimmungen über die Vergütung der Transportkosten von Baganten und von Verbrechern und Angeeschuldigten, sammt dem Entwurf einer beleuchtenden Botschaft an die Bundesversammlung vorgelegt, welche wir in der Beilage Ihnen mitzutheilen die Ehre haben.

„Der Grundsatz, welcher in diesen Vorschlägen an die Stelle der gegenwärtigen Gesetzesbestimmungen gesetzt werden will, beruht auf dem aus dem Territorialprinzip herfließenden Gedanken, daß jeder Kanton die Kosten des polizeilichen Transportes auf seinem Gebiete der Regel nach selbst bestreiten solle.

*) Siehe eidg. Gesesammlung, Band II, Seite 138.

**) „ „ „ „ III, „ 161.

„Da indeß diese Angelegenheit wesentlich die Interessen der Kantone und nur in geringem Grade diejenigen des Bundes beschlägt, und da wir nicht wissen, ob von Seite der h. Kantonregierungen neben den polizeilichen Gesichtspunkten, welche von unserm Justiz- und Polizeidepartement durch direkte Korrespondenz mit den kantonalen Polizeibehörden erhoben worden sind, nicht noch anderweitige Standpunkte in Frage kommen könnten, so finden wir uns veranlaßt, Ihnen die gemachten Vorschläge mitzutheilen, mit dem Gesuche, uns Ihre sachbezüglichen Anschauungen und Wünsche zur Kenntniß bringen zu wollen.“

(Vom 7. November 1866.)

Der Bundesrath hat in Sachen der Hinterladungsgewehre folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die gesammte Bewaffnung vom kleinen Kaliber ist in kürzester Frist in Hinterladungsgewehre nach dem System *Milbank-Amsler* umzuändern.

Das Militärdepartement wird die Ausführungsmaßregeln, was Fixirung der Ordonnanz und Abschließung der Verträge anbetrifft, vorbereiten und so bald als möglich die weitem Anträge dem Bundesrathe hinterbringen.

2. Die Fabrikation neuer Gewehre nach dem Umänderungssystem *Milbank-Amsler* hat so lange fortzudauern, bis die Erstellung von Gewehren nach dem für Neuanschaffungen festzusetzenden Modelle be-
gint.

Eine Verständigung mit den Fabrikanten ist vom Militärdepartement in diesem Sinne sofort anzubahnen.

3. Das Militärdepartement wird mit sofortiger Anschaffung der für die Fabrikation der Patronen nöthigen Maschinen beauftragt.

(Vom 9. November 1866.)

Der Bundesrath wählte

als Posthalter und Telegraphist in Thal: Hrn. Ulrich Höhener,
Gastwirth, von und
in dort;

- als Posthalter und Telegraphist in Peterzell: Hrn. Joseph Bruggmann, Postvolontär, von und in Mogensberg (St. Gallen);
- " " in Saanen: Hrn. Joh. Gottlieb Nellen, Sohn, von und in dort;
- " Postkommis in Genf: Hrn. John Chapalay, von dort;
- " " " " " Johannes Schwyer, von Koblenz (Aargau);
- " " " " " Kaspar Möckly, von Schlatt (Thurgau).
- (Die "drei Letztern" waren "bisher provisorische Postkommis in Genf.)

I n s e r a t e.

Café-Restaurant Suisse der internationalen Ausstellung in Paris.

Nachdem von mehreren Reflektanten nachgewiesen worden, daß die mit der Periode der Weinlese verbundenen Arbeiten sie außer Stand gesetzt haben, auf heutigen Tag ihre Eingaben zu machen, wird hiemit die Ausschreibung der Verpachtung des schweizerischen Café-Restaurant in Paris mit letzter Frist bis 21. November prox. wiederholt.

Diese zweite Ausschreibung ist frei. Neue Bewerber werden auf die Publikation vom 3. Oktober *), auf das bei unterzeichneter Stelle zu beziehende Pflichtenheft und auf mündliche Information verwiesen.

Paris, 3. November 1866.

Der schweizerische General-Kommissär:
Ferr-Herzog.

*) Siehe Seite 33 hievor.

Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1866
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	49
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.11.1866
Date	
Data	
Seite	127-132
Page	
Pagina	
Ref. No	10 005 280

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.